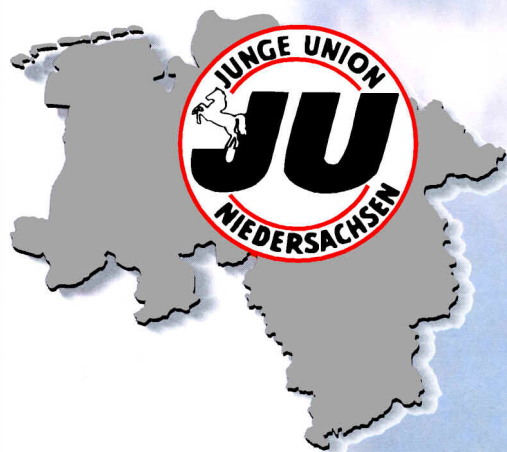


# Verteidigungs- und interventionsfähig?

## Eckpunkte der sicherheitspolitischen Lage Deutschlands und der Zukunft der Bundeswehr

Beschluss des Niedersachsenrates der *JUNGEN UNION*  
im Rahmen Des Kongresses "Verteidigungspolitik 2000"  
am 20.05.2000 in Hannover



**Autoren:** Martin Wagener  
Stefan Axel Boës  
Andreas Schwegel

## **1. Sicherheitspolitische Interessen**

### **1.1. Grundlagen**

Sicherheitspolitik sollte sich stets an den nationalen Interessen orientieren. Die Bundesregierung ist zunächst und vor allem dem Wohl des Landes und seiner Bürger verpflichtet. Interessenformulierung hat nichts mit nationalem Egoismus zu tun, sondern ist als natürlicher Vorgang einer Interessengemeinschaft zu betrachten. Die Mitgliedschaft Deutschlands in der NATO, der Europäischen Union (EU) und den Vereinten Nationen (VN) steht diesem Ansatz nicht im Wege, sondern bestätigt ihn. Sicherheitspolitik kann heute nicht mehr auf eine rein nationalstaatliche Perspektive verengt werden. Insbesondere ist der europäische und transatlantische Kontext zu beachten. Handlungsgrundsatz in diesem Sinne sollte die Devise "Global denken, national handeln!" sein. Dazu gehört, Sicherheitsinteressen nicht nur in Europa oder Amerika zu sehen, sondern auch im Nahen und Fernen Osten. Deutsche Politik jenseits des eigenen Staatsgebietes muss mehr sein als ein Schwanken zwischen den Polen "Wirtschaft/Handel" und/oder "Demokratie-/Menschenrechtsförderung". Unsere jüngere Geschichte sollte bei der Interessendefinition stets in Erinnerung bleiben, darf den Prozess selbst aber nicht blockieren. Ziel einer nüchternen Sicherheitspolitik muss es sein, nationale Interessen selbstbewusst und tabulos zu formulieren. Denn wenn das Ausland eines wirklich mit Misstrauen betrachtet, dann ist dies ein Deutschland, das nicht offen oder nur zurückhaltend zu erkennen gibt, wie seine Interessen aussehen. Ihre Definition ist die unabdingbare Voraussetzung für jegliche engere sicherheitspolitische Kooperation, insbesondere mit unseren europäischen und nordamerikanischen Verbündeten, um dauerhaft Frieden, Freiheit und Stabilität für unser Land zu gewährleisten.

### **1.2. Prioritäten**

Nationale Interessen sind nicht nur zu definieren, sondern auch zu hierarchisieren. Nur wenn unsere Entscheidungsträger wissen, welchen vorrangig geordneten Interessen sie verpflichtet sind, kann Sicherheitspolitik mehr sein als Reagieren: Agieren. Drei Ebenen sind zu unterscheiden:

- Von vitalem Interesse ist der Schutz des deutschen Staatsgebietes sowie seiner Bürger und Güter. Dies ist die Voraussetzung zur Gewährleistung des Rechts und der Freiheit der Bundesrepublik Deutschland. Hinzu kommt die Aufrechterhaltung des Wohlstandes durch Partizipation am Weltmarkt, materielle Voraussetzung des Funktionierens unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung. Auf dieser Ebene sind die Herausforderungen zu bewältigen, die das Überleben bzw. die Lebensqualität Deutschlands in Frage stellen könnten (z.B. der Verlust des nuklearen Schutzschirmes, mangelnder Zugang zu strategischen Rohstoffen, Blockaden der internationalen Seestraßen).
- Von nationalem, wenn auch nicht vitalem Interesse sind Faktoren, die unser Dasein nachhaltig beeinflussen, es aber nicht elementar gefährden. Hierzu zählen beispielsweise Bürgerkriege und ethnisch-religiöse Auseinandersetzungen in Europa, die die geopolitische Peripherie Deutschlands destabilisieren könnten. Da sie in der Regel Flüchtlingsströme freisetzen und die Bundesrepublik zum bevorzugten Zielland machen, sind sie zudem geeignet, den sozialen Frieden innerhalb Deutschlands zu belasten.

- Schließlich sind humanitäre Interessen zu nennen. Das christliche Menschenbild verpflichtet zur Mitmenschlichkeit und ist Grundlage unseres Werteverständnisses. Diesbezüglich gehören etwa die Linderung der Folgen afrikanischer Naturkatastrophen sowie der Einsatz in Hungerzonen zu den moralischen Verpflichtungen unseres Landes. Im Sinne des Stabilitätsexports können sich dabei zudem positive Rückwirkungen auf die übergeordneten nationalen Interessen Deutschlands ergeben.

## **2. Herausforderungen und Bedrohungen**

### **2.1. Fehlwahrnehmungen**

#### **2.1.1. Der Traum vom ewigen Frieden**

Grundlage sicherheitspolitischer Planungen ist die Vergegenwärtigung der menschlichen Realität. Wir treten weder für ein optimistisches noch ein pessimistisches, sondern für ein realistisches Menschenbild ein. Dazu gehört die historische Erkenntnis, dass der Mensch vernunftbegabt, nicht aber zwingend vernünftig ist. Folglich ist nicht garantierbar, dass der von Menschenhand gesteuerte Staat nur friedliche Ziele erstrebt. Nichts deutet darauf hin, dass der Menschheit der "ewige Friede" bevorsteht oder unser Sein in das "Ende der Geschichte" liberaler Prägung mündet. Auch ist das Sicherheitsdilemma der internationalen Staatengemeinschaft nicht auflösbar, sondern nur eindämmbar. Unser Land wird daher stets darauf vorbereitet sein müssen, seine Unabhängigkeit zu verteidigen. Ziel ist die wehrhafte Demokratie nach innen und nach außen. Vor diesem Hintergrund ist die Aufrechterhaltung einer schlagkräftigen, der nationalen Verfügungsgewalt unterstehenden Streitmacht unabdingbare Existenzvoraussetzung der Bundesrepublik Deutschland. Die militärische Organisationsstruktur der NATO, in die die Bundeswehr eingebunden ist, muss ausreichenden Raum für ein ausschließlich nationales Kommandogefüge belassen, damit rein deutschen Sicherheitsinteressen nötigenfalls unilateral durch den Einsatz der Bundeswehr Rechnung getragen werden kann.

#### **2.1.2. Trivialisierung des "erweiterten Sicherheitsbegriffs"**

Sicherheit hängt von ganz unterschiedlichen militärischen, aber auch politischen, kulturellen oder wirtschaftlichen Faktoren ab. Seit dem Ende der Konfrontation der Supermächte des Ost-West-Konflikts ist in der Wissenschaft vielfach vom "erweiterten Sicherheitsbegriff" die Rede. Dabei konzentrieren sich viele Beobachter auf transnationale Sicherheitsprobleme wie Terrorismus, Drogenhandel und unkontrollierte Migrationsströme. Die Relevanz dieser Themen ist nicht zu unterschätzen, doch scheint bei ihrer Bewertung häufig der strategische Kompass außer Kontrolle zu geraten. Dies bedeutet: Deutsche Entscheidungsträger verlassen sich bei der Gestaltung von Außen- und Sicherheitspolitik zu sehr auf "strukturelle Macht", zu der Einflussnahme mittels Scheckbuch-Diplomatie, Außenhandel oder das Ausspielen von Stimmgewichten in internationalen Organisationen gehören. So wichtig diese Instrumente sind, sie können nur einen Teil der Herausforderungen bewältigen. Deutschland muss sich darüber im klaren sein, dass im Zeichen der Proliferation und ethnisch-religiöser Kriege in seinem geopolitischen Einflussbereich die Bedeutung einer militärisch gestützten Außen- und Sicherheitspolitik wachsen wird.

### **2.1.3. Umgeben von lauter Freunden?**

Deutschland lebt heute in der einmaligen Situation des Friedens mit seinen Nachbarn. Viele Beobachter ziehen aus dieser Lage den Schluss, dass die Bedeutung von Verteidigungshaushalten und Streitkräften abgenommen hat. Aber sind wir wirklich nur von Freunden umgeben? Diese Frage ist mit "Ja" zu beantworten, solange man sie auf die Grenznachbarn und den Ist-Zustand bezieht. Anderenfalls gelten zwei Einwände: Die Sicherheit des deutschen Staatsgebiets, seiner Bürger und Güter kann, erstens, im Zeitalter weitreichender Trägersysteme und Langstreckenbomber jederzeit durch Staaten des Nahen und Fernen Ostens bedroht werden. Niemand weiß, zweitens, ob Freunde stets solche bleiben. Gravierende Veränderungen in der Außenpolitik auch befreundeter Staaten kann heute niemand voraussagen. Grundsätzlich sollte daher in der Analyse gelten: Potentiale sind entscheidend, nicht tagespolitische Stimmungen. Denn Handlungsfähigkeiten - zumal im Falle einer Großmacht - können schwerwiegende sicherheitspolitische Konsequenzen nach sich ziehen, wenn sich der Handlungswille ändert.

## **2.2. Bedrohungen vitaler Interessen**

### **2.2.1. Die Proliferationsproblematik**

Weltweit arbeiten geschätzte 25-30 Staaten an ballistischen Trägersystemen. Die Gefahr, dass wir in den Radius solcher Raketen geraten, nimmt erheblich zu. Als sicher kann gelten, dass neben Russland auch China zu einem Angriff mittels Langstreckenraketen in der Lage wäre. Darüber hinaus ist anzunehmen, dass unberechenbare autoritäre Regime wie Nordkorea und der Iran intensiv an nuklearen Rüstungsprogrammen arbeiten. Nach amerikanischen Geheimdienstinformationen könnte der Iran schon in wenigen Jahren Nuklearwaffen produzieren. Das dazugehörige Trägersystem ("Shahab 3" mit ca. 1300 km Reichweite) hatte der Iran im Juli 1998 erfolgreich getestet. Weiterentwicklungen dieser Rakete werden dazu führen, dass Deutschland in ihren Einsatzradius gerät. Ein jüngst veröffentlichter Bericht des Bundesnachrichtendienstes kommt zu dem bedenklichen Schluss, dass der Iran im Jahr 2005 dieses Trägersystem zur Produktionsreife bringen könnte. Auch geht er davon aus, dass der Irak über ähnliche Fähigkeiten verfügt.

Diese Bedrohung wird durch folgende Faktoren potenziert: Trägersysteme sind nicht nur vom Territorium eines Staates einsetzbar, sondern auch von U-Booten. Der Raketenabschuss könnte des weiteren von Handelsschiffen erfolgen, die unentdeckt deutsche Häfen anlaufen. Denkbar wären, etwa im Falle Russlands, versehentliche bzw. nicht autorisierte Raketenangriffe. Eine der größten Gefahren besteht jedoch darin, dass Staaten Nordafrikas und des Nahen Ostens komplette Trägersysteme von Akteuren des Fernen Ostens erwerben. Vor allem Syrien und Libyen sind bestrebt, Massenvernichtungswaffen und Trägersysteme in ihr Rüstungssortiment zu integrieren. Wie akut die Bedrohung mittlerweile ist, wurde im vergangenen Jahr deutlich, als die britische Polizei auf dem Flughafen London-Gatwick Scud-Raketenteile beschlagnahmte, die sich auf dem Transitweg nach Libyen befanden.

Die USA überlegen derzeit, ein nationales Raketenabwehrsystem aufzubauen, um diesen Gefahren zu begegnen. Wird dieser Plan umgesetzt, drohen Zonen unterschiedlicher Sicherheit in der NATO, neue globale Rüstungswettläufe sowie ein gestörtes Verhältnis des Westens zu Russland - düstere

Perspektiven, an denen ein nicht zur Raketenabwehr fähiges Deutschland keinerlei Interesse haben kann.

Besonders beunruhigend ist des Weiteren, dass Massenvernichtungswaffen heute ohne Vorwarnung Deutschland von innen treffen können, etwa durch den Einsatz biologischer oder chemischer Kampfstoffe, wenn diese in kleinsten Mengen über die Grenze geschmuggelt werden. 1995 schockte die Aum-Sekte Japan, als sie in der U-Bahn von Tokio Sarin-Gas einsetzte; 12 Menschen fanden den Tod, 5.000 mussten ärztlich behandelt werden. Die Dimension derartiger Bedrohungen wird ersichtlich, führt man sich vor Augen, dass mit nur einem Liter Milzbrandsporen theoretisch 50 Mio. Menschen (!) getötet werden könnten. Staaten, die sich als Opfer westlicher Dominanz sehen, könnten im Falle von Konflikten dazu übergehen, im Sinne einer "asymmetrischen Kriegführung" mit biologischen oder chemischen Terroranschlägen zu drohen.

Die Globalisierung der Märkte macht auch vor den Waffenmärkten nicht Halt. Sie gibt immer mehr Staaten die Möglichkeit, quantitativ wie qualitativ direkt oder mittels militärisch nutzbarer Ziviltechnologien ("dual use"-Güter) indirekt aufzurüsten. Das Phänomen der Proliferation ist u.a. auf diesen Zusammenhang zurückzuführen. Wirtschaftswachstum ist einer der Motoren dieser Entwicklung, sorgt es doch dafür, daß die staatlichen Akteure über ausreichend finanzielle Möglichkeiten verfügen, um Aufrüstungen durchzuführen. Berücksichtigt man vor diesem Hintergrund, dass die "Revolution in Military Affairs" es erleichtern wird, Interessen unterhalb der Schwelle einer nuklearen Auseinandersetzung gewaltsam durchzusetzen, dann werden Kriege wieder wahrscheinlicher. Bedenklich stimmt, dass gerade in aufstrebenden Wachstumszonen das Streben nach Wohlstand alte Rivalitäten diszipliniert oder vorübergehend verdeckt, nicht aber auflöst.

### **2.2.2. Blockade globaler Seewege**

Deutschland hatte 1998 ein Importvolumen von 814 Mrd. DM sowie ein Exportvolumen von 950,1 Mrd. DM. Die deutsche Wirtschaft ist zur Abwicklung des Handels fundamental auf offene Seewege angewiesen. Diesen drohen mittlerweile eine ganze Reihe von Gefahren. Zu befürchten steht, dass das maritime Wettrüsten in Verbindung mit dem Denken in Einflusssphären zu einem Problem wird, das auch Deutschland trifft. Fachleute sagten im Sommer 1999 voraus, dass allein die Staaten des asiatisch-pazifischen Raumes in den nächsten Jahren 200-300 neue Kriegsschiffe im Gesamtwert von bis zu 50 Mrd. US-Dollar anschaffen werden. Diese Entwicklung könnte die Voraussetzung dafür schaffen, dass alte Rivalitäten - etwa zwischen Indien und China - auf See ausgetragen werden. Eine Blockade der Seewege könnte sich zudem durch Verminung zentraler Schnittstellen wie der Malakka-Strasse, durch gewaltsam ausgetragene Territorialstreitigkeiten wie jenen um die Spratly-Inseln im Südchinesischen Meer oder durch den Zerfall von Archipel-Staaten wie Indonesien ergeben. Deutschland kann dadurch direkt betroffen werden, indem der maritime Handelsverkehr erschwert wird. Wir könnten die Auswirkung der Blockierung internationaler Seewege aber auch indirekt spüren: Sollte z.B. das von Energieimporten abhängige Japan über längere Zeit von Erdölzugängen abgeschnitten sein und dies zu einer Krise der japanischen Wirtschaft führen, dann wird darunter in einer Zeit globalisierter Märkte auch Deutschland leiden.

### **2.2.3. Ressourcenkonflikte**

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts wird die Erde von 6 Mrd. Menschen bevölkert. Bis zum Jahr 2050 könnte diese Zahl auf 9-12 Mrd. Menschen ansteigen. Eklatante Ungleichgewichte werden zunehmen, die zu Spannungen führen. Bereits heute steht beispielsweise China vor dem Problem, über 22 % der Weltbevölkerung, aber nur 7 % des bebaubaren Ackerlandes zu verfügen. In Israel, Jordanien und den autonomen Gebieten wird der Wasserbedarf im Jahr 2040 bei ca. 6,5 Mrd. Kubikmetern liegen; die bislang bekannten Quellen in jenem Gebiet werden aber nur ca. 3 Mrd. Kubikmeter Wasser jährlich liefern können. Folge der Globalisierung ist des weiteren, dass sie zur Industrialisierung beiträgt, die wiederum zu einem erhöhten Energieverbrauch führt. Schätzungen gehen davon aus, dass der asiatisch-pazifische Raum im Jahr 2010 ca. 500 Mio. Tonnen Erdöl importieren muss.

Wir steuern also auf eine Entwicklung zu, in der die Nachfrage nach Ressourcen zunimmt und aller Voraussicht nach nicht angemessen gedeckt werden kann. Zweifelhaft bleibt, ob die Neuerungen auf dem Gebiet der Biotechnologie und alternativen Energiegewinnung mit dem rasanten Bevölkerungswachstum Schritt halten können. Das mediale "globale Dorf" dürfte des weiteren dazu führen, bei seinen ärmeren Bewohnern immer stärker Bedürfnisse zu wecken, die denen der reichen Bewohner ähneln. Dies alles könnte im Ergebnis dazu führen, dass die Staatenwelt Teile ihrer Vergangenheit wiederholt: Der zivilisatorische Fortschritt der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts beruht u.a. auf der Einsicht der staatlichen Akteure, dass sie auf dem Wege der Kooperation wesentlich effektiver ihre Bedürfnisse befriedigen können als auf dem Weg des Krieges. Voraussetzung dieses Ansatzes war und ist, dass die Verteilung der Ressourcen friedlich geregelt werden kann - zum einen, weil kooperative Mechanismen gefunden werden, zum anderen aber auch, weil genügend Ressourcen zur Verfügung stehen. Was passiert jedoch, wenn ein Staat zu der Einsicht gelangt, dass er elementare Lebensbedürfnisse nicht mehr auf dem friedlichen Handelsweg decken kann, weil nicht genügend Ressourcen zur Verfügung stehen?

## **2.3. Schwächen der deutschen Verteidigungspolitik**

### **2.3.1. Finanzielle Probleme**

Das Hauptproblem der deutschen Verteidigungspolitik ist identisch mit dem vieler anderer Politikfelder: zu wenig Geld! 1993 hieß es, das damalige Verteidigungsbudget von 49,6 Mrd. DM werde nun nicht mehr unterschritten werden, da es das Minimum für die Aufrechterhaltung der Einsatzbereitschaft der Bundeswehr darstelle. Dennoch kürzte schon die Regierung Kohl diese Summe in den folgenden Jahren weiter bis auf 46,3 Mrd. DM. 1998 trat Rudolf Scharping das Amt des Verteidigungsministers nur unter der Bedingung an, dass der im Bundeshaushalt 1999 vorgesehene Etat von knapp 47 Mrd. DM nicht weiter beschnitten werde. Im Haushalt 2000 wurde dieser jedoch erneut auf 45,3 Mrd. DM zusammengestrichen. Geplant ist, diese Summe bis 2003 weiter auf 43,7 Mrd. DM zu senken. Obwohl der Personalumfang der Gesamtstreitkräfte bereits das zweite Jahr hintereinander außerplanmäßig auf 322.500 Mann verringert worden ist (Soll: 334.900), ist der Anteil der Personalkosten mittlerweile auf 51% gestiegen, da im verteidigungsintensiven Bereich (Ausrüstung) überproportional gekürzt wurde. Gegenwärtig liegt der Technologie- und Investitionsrückstand zwischen 20 und 30 Mrd. DM. Ein besonders krasses Missverhältnis besteht im Bereich der Bundeswehrverwaltung. Da die Zahl der

zivilen Mitarbeiter seit 1990 nicht im selben Verhältnis reduziert wurde wie die Truppenstärke, kam 1999 auf 2,3 Soldaten ein "Verwalter" - obwohl das eigentlich erforderliche Verhältnis bei 4 zu 1 liegen dürfte. Dieser Bereich verschlingt darüber hinaus 34,6 % der Personalkosten bei einem Anteil von nur 30% am gesamten Personalbestand.

### **2.3.2. Ausbildungsdefizite durch Wehrdienstzeitverkürzung**

Zur Steigerung der Kosteneffektivität wird ein folgerichtiger Weg beschritten: Reduzierung der Truppenstärke auf einen der aktuellen Aufgabenstellung angemessenen Stand, wodurch auch entsprechend weniger Gerät benötigt wird, das weniger Betriebskosten verursacht und dafür moderner sein kann. Die bisherigen Truppenreduzierungen wurden weitgehend durch die Verkürzung der Wehrdienstzeit erreicht. Dies bedeutet gleichzeitig eine verkürzte Ausbildung der Wehrpflichtigen. Ein Angehöriger der Kampftruppen, der den heutigen Einsatzanforderungen genügen soll, muss jedoch zuvor mindestens 12, besser 18 Monate ausgebildet werden. Der Weg der Wehrdienstzeitverkürzung wurde gewählt, um die Wehrgerechtigkeit aufrechtzuerhalten, also möglichst alle Wehrpflichtigen gleichermaßen zum Wehrdienst heranzuziehen. Zugrunde liegt dem der Versuch, die Legitimation der allgemeinen Wehrpflicht aufrechtzuerhalten.

Offiziell wird darauf beharrt, dass die Bundeswehr keine Zwei-Klassen-Armee sei. In Wirklichkeit ist dies längst Realität. Die Soldaten der Krisenreaktionskräfte (KRK), einschließlich freiwillig länger dienender Wehrpflichtiger, sind halbwegs modern ausgerüstet und motiviert. Ein Großteil der Wehrpflichtigen in den Truppenteilen der Hauptverteidigungskräfte (HVK), ausgerüstet mit überaltertem Gerät, sieht dagegen in einem derzeit von Freunden umgebenen Land keinen Sinn mehr in seinem Dienst. Der Personalbestand der KRK von 55.000 Mann ist bereits durch die gegenwärtig laufenden Auslandseinsätze überbeansprucht. Die Wehrpflichtigen, die für solche Einsätze nicht herangezogen werden dürfen, benötigen dennoch einen großen Teil der organisatorischen und materiellen Ressourcen.

### **2.3.3. Abhängigkeiten durch geliehene Sicherheit**

Deutschland ist, ohne dies wirklich wahrzunehmen, Nutznießer eines vor allem von den USA geschaffenen, sicherheitspolitisch stabilen Umfeldes. 12 amerikanische Flugzeugträgergruppen garantieren die Freiheit der internationalen Seewege, weltweit stationierte US-Soldaten dämpfen regionale Konflikte. Deutschlands elementares sicherheitspolitisches Problem aber ist, dass es lediglich über konventionelle Abschreckungsfähigkeiten verfügt. Nachhaltige Abschreckung ist nur mittels Massenvernichtungswaffen - vor allem A-Waffen - möglich. Aus dieser Schwäche resultiert der Zwang, Sicherheit leihen zu müssen.

Aus zu großen Abhängigkeiten kann der Verlust nationaler Souveränität bzw. wachsende Erpressbarkeit folgen. Zum einen könnte der Sicherheitsgarant seinen Nuklearschirm als Druckmittel einsetzen und ihn durch Androhung des Entzugs instrumentalisieren. Zum anderen könnten Deutschland feindlich gesonnene Akteure, die über Massenvernichtungswaffen verfügen, in politisch turbulenten Zeiten zwischen Deutschland und seinem Sicherheitsgaranten sowie immer dann, wenn Deutschland keinen Nuklearschirm hat, mit einem Raketenschlag drohen.

### **2.3.4. Psychologische Defizite**

Langwährende Friedenszeiten sind ein Segen für jedes Land, oftmals nicht aber für seine Wahrnehmung sicherheitspolitischer Realitäten. Denn kein Friede ist auf Dauer garantierbar; er muss immer wieder aufs Neue abgesichert oder gar neu errungen werden. Längere Friedensperioden können daher dazu beitragen, ein falsches Gefühl von Sicherheit zu vermitteln. Dies wird besonders in demokratischen Staatsgebilden gefährlich, wenn Streitkräfte als weniger wichtig erachtet und ihre Stellung durch Mittelentzug geschwächt wird. Vergewagt man sich den Aufstieg und Fall der Mächte im Laufe der Geschichte, gehörten stets die politischen Gemeinschaften und Staaten zu den Verlierern, die sich ihrer Sache zu sicher waren.

Friede über Jahrzehnte zeigt oftmals eine weitere Nebenwirkung: Die Bevölkerung ist nicht mehr bereit, zur Aufrechterhaltung ihrer Lebenssituation etwas zu riskieren. In demokratischen Industriegesellschaften wird es immer schwieriger, im Rahmen militärischer Einsätze den Verlust menschlichen Lebens zu rechtfertigen. Daraus kann eine bedenkliche Reduzierung strategischer Optionen erfolgen.

## **3. Sicherheit 2010: Eckpfeiler für eine richtungsweisende Politik**

### **3.1. Gesundes Selbstbewusstsein**

Deutschland muss selbstbewusst seine Interessen vertreten. Dies werden wir erst dann tun können, wenn wir einen ebenso selbstbewussten Umgang mit unserer Geschichte erlernen. Dazu gehört, dass die Nation an Gedenktagen ob ihrer Fehler in sich kehrt und an Feiertagen das historisch Positive hochhält. Letzteres setzt mit Blick auf die Bundeswehr voraus, dass der Soldatenberuf die ihm gebührende Anerkennung in der Öffentlichkeit findet. Der Soldat verteidigt das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes. Es sollte zudem selbstverständlich sein, dass unsere wehrhafte Demokratie mit der Bundeswehr als Symbol und Anker sich nicht versteckt.

### **3.2. Der strategische Ansatz**

Der deutschen Sicherheitspolitik fehlt ein strategisches Gerüst. Folge dieses Mangels ist, dass unsere Entscheidungsträger viel zu sehr den Vorgaben tagespolitischer Realitäten statt einem langfristigen Ansatz folgen. Konsequenz dieser Politik sind Reibungsverluste, also kurzfristiger Ressourceneinsatz, der nicht zur Absicherung vitaler Interessen beiträgt. Ziel muss sein, nicht ad hoc zu reagieren, sondern strategisch zu agieren.

Einer sicherheitspolitischen Entscheidung müssen daher drei Fragen zugrundegelegt werden:

- Wie sehen unsere zentralen Sicherheitsinteressen aus?
- Welche Instrumente stehen zur Zielumsetzung zur Verfügung?
- Trägt die Entscheidung zur Absicherung nationaler Interessen bei?

In der Praxis bedeutet dies, dass Beteiligungen der Bundeswehr an Missionen, die denen in Ost-Timor ähneln, lediglich humanitär sinnvoll sind, sicherheitspolitisch allerdings nur eine sehr geringe Relevanz für die Bundesrepublik Deutschland besitzen. Eine langfristig strategisch angelegte Politik sollte, will sie

menschliches Leid lindern und gleichzeitig Stabilität exportieren, vor allem der deutschen Entwicklungshilfe wesentlich mehr Gelder zur Verfügung stellen.

### **3.3. Bündnispolitik einer Mittelmacht im Herzen Europas**

Aufgrund seiner Stellung als Mittelmacht, nicht vorhandener nuklearer Abschreckungsoptionen und der derzeitigen Unfähigkeit, einen Raketenabwehrschirm zu bilden, kann Deutschland seine Sicherheit unter den gegenwärtigen internationalen Bedingungen nicht aus eigener Kraft gewährleisten. Berlin versucht, dieses Defizit einerseits durch umfangreiche vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen im Stile einer "Zivil- und Friedensmacht" auszugleichen. Als Rückversicherung dient aber nach wie vor die NATO und ihr vornehmlich von den USA gewährleisteteter nuklearer Schutzschirm.

Washington bleibt unser wichtigster Sicherheitspartner. Fast 70.000 in Deutschland stationierte Soldaten, die überwiegende Mehrheit des Europa-Kontingents der USA, sind lebendiges Zeugnis dieser Partnerschaft. Berlin sollte ausloten, wie unsere Sicherheitsbeziehungen zu Washington weiter ausgebaut werden können, etwa durch eine neue Diskussion von "partners in leadership". Die deutsch-französische Partnerschaft wiederum ist der Eckpfeiler europäischer Stabilität. Sicherheitskooperation mit Paris muss jedoch dort enden, wo französische Entscheidungsträger ein Europa ohne USA anstreben. Von strategischer Bedeutung ist des weiteren unser Verhältnis zu Russland. Die Beziehungen zwischen Berlin und Moskau dürfen unter unserer Westbindung nicht leiden.

Aus dieser Sicherheitslage einer Mittelmacht im Herzen Europas lassen sich langfristig folgende Maximen für unsere Verteidigungspolitik ableiten:

- Ohne Nuklearwaffen und Raketenabwehr ist Deutschland zur Garantie seiner Sicherheit auf einen Beistandspakt mit einer Nuklearmacht angewiesen. Deutschlands Verzicht auf A-Waffen ist an zwei Bedingungen gebunden: den amerikanischen Nuklearschirm sowie die diplomatische Eindämmung der Proliferation. Da die völkerrechtliche Vertragslage deutsche Atomwaffen nicht zulässt, sollte für die Zukunft - im Sinne einer zusätzlichen Absicherung - Berlin verstärkt auf Paris und London einwirken mit dem Ziel einer Europäisierung ihrer Nuklearwaffenpotentiale. Insbesondere für Frankreich wäre dies der ultimative Test seiner Europapolitik, die bislang vornehmlich nationale Interessenpolitik widerspiegelt.
- Zur Machtprojektion empfiehlt sich der Beitritt zu sicherheitspolitischen Bündnisorganisationen, die im Sinne des "balancing" ein Gegengewicht zu potentiell feindlich eingestellten Koalitionen bzw. zu einem einzelnen Staat bilden. Voraussetzung ist, dass der Staat, der den nuklearen Schutzschirm Deutschlands liefert, Mitglied einer solchen Organisation ist. In diesem Sinne liegt gegenwärtig die Verankerung in der NATO im vorrangigen bündnispolitischen Interesse unseres Landes.
- Deutschland muss über ein gewisses militärisches Gewicht verfügen, um für Partner interessant zu bleiben und Machtprojektion wenigstens an der eigenen Peripherie durchführen zu können.
- Keine Allianz ist dauerhaft garantierbar. Deutschland muss darauf vorbereitet sein, dass sich seine Bündnispartner außenpolitisch neu orientieren könnten.

- Des weiteren empfiehlt sich das Studium der "asymmetrischen Kriegführung", z.B. der auf Informationstechnologie gestützten Kriegführung gegen sensible Infrastrukturen des Gegners ("Cyberwar"). Sie könnte eines Tages von Interesse sein, sollte uns eine global dominierende Macht feindlich gesonnen sein.

## **4. Bundeswehr 2010: Eckpfeiler für eine moderne Armee**

### **4.1. Ausbau des nationalen Handlungsspielraums**

Rationalisierungsmaßnahmen mögen dazu beitragen, vorhandene Kapazitäten effektiver zu gestalten. Sie lösen jedoch nicht das Grundproblem der Bundeswehr, das auf insgesamt viel zu geringe Mittelzuwendungen zurückzuführen ist. Um der Bundeswehr Planungssicherheit zu geben, sollte bis 2010 der Verteidigungsetat kontinuierlich auf etwa 2% des Bruttoinlandprodukts angehoben werden. Dies würde gegenwärtig rund 60 Mrd. DM entsprechen, was immer noch unter den Verteidigungsausgaben Großbritanniens und Frankreichs liegt. Die zusätzlichen Mittel müssen dem Verteidigungsetat im Zuge einer Sanierung und Neugewichtung des Bundeshaushalts zufließen. Der Prozess sollte insgesamt schrittweise, aber bestimmt erfolgen.

Unsere Verteidigungsfähigkeiten sollten zusätzlich dadurch verbessert werden, dass durch eine aktivere Rüstungsexportpolitik Synergieeffekte geschaffen werden. 1998 lag der deutsche Rüstungsexportanteil am Weltmarkt bei 1,5% - ein Volumen, das eindeutig zu gering ist (zum Vergleich: die USA haben einen Anteil von 48,6%, Frankreich von 17,6% und Großbritannien von 16,2%). Die Ausfuhrkriterien sollten sich vornehmlich an sicherheitspolitischen Interessen orientieren, wobei die Menschenrechtsslage im Entscheidungsprozeß mitberücksichtigt werden sollte. Nicht in Frage kommen Akteure, die mittels deutscher Rüstungsimporte eine vorhandene regionale Dominanz stärken oder ein funktionierendes Machtgleichgewicht zu stören gedenken. Ebenfalls darf es keine Exporte an unberechenbare "Schurkenstaaten" geben. Des weiteren scheidet Lieferungen aus, die zu negativen Rückkoppelungen für deutsche Sicherheitsinteressen führen könnten. Mit anderen Worten: Die am 19. Januar 2000 von der rot-grünen Bundesregierung beschlossenen neuen Richtlinien für den Rüstungsexport, die einseitig auf die Menschenrechtsslage abstellen, sind abzulehnen. Sie gefährden die Grundlagen der deutschen Wehrindustrie und damit die Basis für eine engere rüstungspolitische Zusammenarbeit im europäischen Rahmen. Hingegen ist die Lieferung von 1.000 Panzern des Typs Leopard 2 mit einem vermuteten Volumen von 16 Mrd. DM an den NATO-Partner Türkei klar zu befürworten.

### **4.2. Verbesserung der Verteidigungs- und Interventionsfähigkeit**

Zur Bewältigung der künftigen sicherheitspolitischen Herausforderungen haben zwei Komponenten oberste Priorität:

- Infolge des Konfliktpotentials an den Rändern des euro-atlantischen Raums ist nicht mehr das eigene Staatsgebiet die primäre Bezugsgröße für die militärische Planung, sondern eher die Peripherie des Nordatlantischen Bündnisses. Folglich wird über unsere Sicherheit nicht erst vor der Haustür entschieden, sondern bereits weit vor unseren Grenzen. Damit wird die

Landesverteidigung bzw. Bündnisverteidigung im Rahmen der NATO die Fähigkeit zur Distanzverteidigung erfordern. Hierfür sowie für Krisenprävention und –bewältigung außerhalb des NATO-Gebietes ("out-of-area"-Einsätze) müssen sämtliche Teilstreitkräfte der Bundeswehr vorbereitet und ausgerüstet sein. Dies erfordert die Verfügbarkeit hochmobiler und technisch erstklassig ausgerüsteter Verbände.

Mit 55.000 Mann Personalstärke sind die KRK der Bundeswehr bereits durch die gegenwärtig laufenden Auslandseinsätze überbeansprucht. In Anbetracht der künftigen Konfliktmöglichkeiten wird ihr Stellenwert erheblich wachsen. Erforderlich ist in den nächsten Jahren mindestens eine Verdopplung ihres Bestandes.

Die KRK müssen in begrenztem Rahmen auch unilateral handlungsfähig sein. Vor allem das Kommando Spezialkräfte (KSK) muss in der Lage sein, zur Rettung deutscher Staatsbürger in ausländischen Krisengebieten auch ohne umfassenden Bündniskonsens zu intervenieren. Die deutsche Marine muss befähigt sein, einen angemessenen Beitrag zur Offenhaltung der Seewege zu leisten.

Beteiligungen an "out-of-area"-Einsätzen im Rahmen der NATO sind von unserer Interessenlage abhängig zu machen. Derartige Einsätze unter Führung der Allianz machen nur Sinn, wenn sie zur Verteidigung gewichtiger nationaler Interessen notwendig sind - und nur dann sollten sie außerhalb der VN stattfinden. Humanitäre Interventionen der NATO sind zwingend an eine Zustimmung des VN-Sicherheitsrates zu koppeln. Eine Bundeswehr als "Dienstleistungsagentur in Sachen Sicherheit und Menschenrechtsschutz" mit weltweiter Interventionsfunktion ist entschieden abzulehnen.

- Den Konsequenzen der Proliferation von Massenvernichtungswaffen und ballistischen Trägersystemen muss mehr entgegengehalten werden als gute Worte. Deutschland sollte im Verbund mit den USA und unter Beachtung des Anti- Ballistic- Missile-Vertrages (ABM) ausloten, welche Schutzmöglichkeiten ein limitiertes bodengestütztes Raketenabwehrsystem bietet. Ferner ist zu überlegen, welche Abwehrfähigkeiten eine seegestützte Raketenabwehr liefert. Sie könnte flexibel im Mittelmeer eingesetzt werden, um potentielle Raketenangriffe noch in der Startphase abzufangen. Zum Schutz von Interventionskräften vor Raketenangriffen ist insbesondere zu prüfen, welche Möglichkeiten das Medium- Extended- Air- Defense- System (MEADS) besitzt, an dem neben Deutschland Italien und die USA beteiligt sind. Des weiteren sollte sich Deutschland darauf vorbereiten, nicht abgewehrte Angriffe mit Massenvernichtungswaffen zu bewältigen, beispielsweise durch eine erhebliche Verbesserung des Katastrophenschutzes.

### **4.3. Berufsarmee mit Wehrpflichtelementen**

#### **4.3.1. Argumente für eine Berufsarmee**

Die Wehrpflicht bietet unbestritten Vorteile, die mit ihrer Abschaffung verloren gehen würden: ein großer Teil der Zeitsoldaten und des Führernachwuchses der Bundeswehr rekrutiert sich aus Grundwehrdienstleistenden, die während ihres Dienstes angeworben werden und ohne aufwendige Werbemaßnahmen ihre Kenntnisse und Fähigkeiten aus allen Bereichen der Gesellschaft mitbringen.

Auch produziert nur die Wehrpflicht in großem Umfang Reservisten, die die notwendige Aufwuchsfähigkeit für den Fall einer direkten territorialen Bedrohung sicherstellen. Andererseits ist bereits die jetzige Wehrdienstdauer von zehn Monaten für die Ausbildung einsatzfähiger Soldaten nicht mehr ausreichend, ganz zu schweigen von der für eine weitere Truppenreduzierung notwendigen zusätzlichen Verkürzung. Vorschläge für radikale Verkürzungen bauen daher darauf auf, dass die Vorwarnzeit für einen großangelegten Angriff auf das Territorium der NATO und der Bundesrepublik heute nicht mehr Monate, sondern Jahre beträgt. Daher wäre bei Verschärfung der Situation ausreichend Zeit, grundausbildete Reservisten voll auszubilden und damit einsatzfähige Aufwuchskräfte zur Verfügung zu haben. Wenn diese Grundannahme allerdings richtig ist, wäre wohl auch die gesamte Ausbildung dieser Aufwuchskräfte in Spannungszeiten möglich - vor allem, da man bei nur grundausbildeten Reservisten nach einigen Jahren ohnehin wieder von vorne anfangen müsste. Warum sollte man also in der heutigen Situation den Verteidigungsetat mit der ständigen Ausbildung von Grundwehrdienstleistenden belasten, die für keine tatsächlichen Einsätze verwendet werden können?

Eine alle Extremsituationen militärischer Einsätze umfassende Ausbildung im Rahmen der Wehrpflicht ist heute kaum noch zu praktizieren. Nur gut ausgebildete Zeit- und Berufssoldaten können alle Anforderungen erfüllen, die von den komplexen Aufgaben der heutigen Sicherheitspolitik gestellt werden, und sind damit "kosteneffektiv". Das würde nichts am Prinzip der Inneren Führung und des Bürgers in Uniform ändern. Die Bundeswehr ist und bleibt eine Armee in der Demokratie, mit dem politisch interessiertesten und kritischsten Offizierskorps in der jüngeren deutschen Geschichte. In einer Zeit, in der die Hälfte der Wehrpflichtigen den Dienst an der Waffe verweigert, das Ansehen der Bundeswehr in der Öffentlichkeit aber beträchtlich steigt, kommt es für ihre Akzeptanz offensichtlich nicht mehr auf die Wehrpflicht an. Der Einsatz von Streitkräften unterliegt heutzutage ohnehin einem hohen öffentlichen Rechtfertigungsdruck. Ferner wird mit der bevorstehenden Öffnung der Bundeswehr für Frauen die Wehrpflicht juristisch angreifbar. Dass Männer Wehrdienst leisten müssen, Frauen sich dies aber aussuchen können, stellt einen Verstoß gegen den Gleichheitsgrundsatz dar. Eine allgemeine Wehrpflicht auch für Frauen (wie in Israel) wäre politisch schwer durchsetzbar und würde das Problem der Wehrgerechtigkeit weiter verschärfen.

#### **4.3.2. Staatsbürgerlicher Pflichtmonat**

Wenn die Wehrpflicht den Streitkräften kostengünstige Nachwuchswerbung verschafft, wäre es unsinnig, diesen Vorteil aufzugeben. In Frankreich versucht man, dies mit einer staatsbürgerlichen Pflichtwoche zu erreichen: in einer fünftägigen Pflichtveranstaltung werden alle volljährigen Männer und Frauen über die Möglichkeiten des Dienstes in den Streitkräften, aber auch freiwilliger ziviler Dienste informiert. Allerdings ist die Effektivität einer solchen reinen Informationsveranstaltung fragwürdig.

Will man dem potentiellen Nachwuchs einen echten Anreiz zu einer Verpflichtung bei den Streitkräften geben, ist ein Einblick nötig, der nur während des Dienstes entsteht. Dieses "Erlebnis" setzt zumindest voraus, dass die jungen Männer und Frauen tatsächlich einmal "eingezogen", eingekleidet und gemeinsam untergebracht werden. Die allgemeinen Grundlagen des Militärdienstes sind in relativ kurzer Zeit vorstellbar, dafür ist die Bundeswehr das geeignete Organ. Das weite Feld des Zivildienstes

sollte während des Pflichtmonates in Räumen der Bundeswehr durch zivile Organisationen dargestellt werden. Eine ausreichende Darstellung des Dienstes in der Bundeswehr erforderte dann etwa einen Monat. Neben der Information über die Möglichkeiten des Dienstes im militärischen, aber auch im zivilen Bereich stünde vor allem der Unterricht auf dem Programm, den jeder Wehrpflichtige erhält: Legitimation, gesetzliche Grundlagen, Aufgaben und Selbstverständnis der Bundeswehr und ihrer Soldaten in der Demokratie, Politische Bildung, Organisation und Funktion der Streitkräfte. Die praktischen Aspekte wie Sportprogramm, Formaldienst und militärische Ausbildung wären beschränkt. Darstellungen des Betriebs der Teilstreitkräfte und Waffengattungen würden den Dienst abrunden.

Dieser Pflichtmonat - eher erweiterte Schulpflicht, kein Wehrdienst, da die Teilnehmer nicht zu Soldaten ausgebildet werden - ist im Vergleich zu einer ausgewachsenen Grundausbildung wenig kostenaufwendig und muss auch nicht unbedingt vollständig aus dem Verteidigungsetat bezahlt werden. Die Dienstpflichtigen erhielten eine Aufwandsentschädigung statt Wehrsold. Die notwendige Bekleidung und Ausrüstung sind beschränkt. Unterbringungsmöglichkeiten und Anlagen sind vorhanden. Das aufwendige Musterungsverfahren kann entfallen; die übliche medizinische Eingangsuntersuchung bei Dienstantritt wäre ausreichend, sofern die Dienstpflichtigen nicht selber Ausschlussgründe nachweisen können. Die Anwerbung von Interessenten und geeigneten Kandidaten für eine Verpflichtung könnte gezielt erfolgen.

Der staatsbürgerliche Pflichtmonat stellt Gleichheit zwischen Männern und Frauen her; die geringe Dauer von einem Monat verschärft die gesellschaftliche Benachteiligung von Frauen nicht. Die Ableistung eines Freiwilligen Sozialen Jahres oder eine Verpflichtung beim Bundesgrenzschutz oder den Verbänden des Zivil- und Katastrophenschutzes ließe die Gründe für die Ableistung des Pflichtmonats entfallen. Wer aus Gewissensgründen gegen alles Militärische ist, kann dem auch weiterhin durch Ableistung eines Dienstes für die Allgemeinheit entgehen.

Dennoch darf die allgemeine Wehrpflicht für Männer nicht aus dem Grundgesetz gestrichen werden; verschärft sich die sicherheitspolitische Situation tatsächlich wieder, wäre ihre Wiedereinführung sonst schwierig. Stattdessen sollte Artikel 12 a um eine Regelung des staatsbürgerlichen Pflichtmonats ergänzt und die Wehrpflicht durch einfaches Gesetz ausgesetzt werden.

Die Wirksamkeit und Kosteneffektivität des Pflichtmonats sollte zunächst in einer fünfjährigen Versuchsphase erprobt und anschließend bewertet werden.

#### **4.3.3. Ergänzende Vorschläge**

Auch mit einem allgemeinen Pflichtmonat muss die Bundeswehr nach Aussetzung der Wehrpflicht zusätzliche Wege in der Nachwuchswerbung, vor allem zur Gewinnung des Führernachwuchses, beschreiten. Zu den möglichen Maßnahmen gehören:

- "Reserve Officer Training Cadre": nach amerikanischem Vorbild kann Hochschulstudenten ein Stipendium gewährt werden, wenn sie in der vorlesungsfreien Zeit in Abschnitten eine Offiziersausbildung absolvieren und nach Beendigung des Studiums eine gewisse Anzahl von Dienstjahren ableisten. Bereits heute lässt die Bundeswehr ihre Sanitätsoffizieranwärter an zivilen Hochschulen studieren; die Zahlung eines Stipendiums während der Studienzeit käme

immer noch billiger als ein Offizieranwärtergehalt.

- Aktivere Rolle an den Schulen: Nachwuchswerbung fängt für alle Branchen logischerweise an den Schulen an. Die Bundeswehr muss von sich aus den Schulen Kontaktmöglichkeiten wie Praktika, Truppenbesuche und Informationsveranstaltungen der Jugendoffiziere anbieten, anstatt wie bisher auf Anfragen zu warten. Ähnliches gilt für andere Institutionen und Organisationen im Jugendbereich. Nachzudenken ist auch über neue Formen der Öffnung und Selbstdarstellung - schließlich bieten viele Organisationen heute "Schnupperkurse" und ähnliches an.
- Materielle Verbesserungen: zu den häufig genannten Maßnahmen in diesem Bereich gehören die Anhebung des Anfangsgehalts, die Flexibilisierung des Laufbahnrechts, der Abbau von Verwendungs- und Beförderungsstaus sowie von Personalüberhängen. Auch sollten endlich Soldaten in Ost- und Westdeutschland in der Bezahlung gleichgestellt werden.
- Mehr Offenheit für Medienschaffende: Sowohl Bundeswehr als auch Filmemacher und andere Medienschaffende müssen unbefangener und offener miteinander umgehen. Wie das amerikanische Beispiel zeigt, tragen Film und Fernsehen erheblich zum Bild der Streitkräfte in der Öffentlichkeit und unter dem potentiellen Nachwuchs bei.

#### **4.4. Truppenstärke**

Wichtigste Kenngröße für die Armeestruktur ist die Truppenstärke. Sie muss sich in einem Rahmen bewegen, der die finanzierbare Ausrüstung mit modernem Gerät gestattet. Andererseits darf sie eine gewisse Gesamtstärke nicht unterschreiten, die die Bundesrepublik als großer Bündnispartner in NATO und EU mit geostrategisch wichtiger Mittellage und Stabilitätszentrum in Europa stellen muss. Die Verpflichtungen der Bundesrepublik in multinationalen Großverbänden - von den acht Divisionsäquivalenten des Heeres sind sieben selbst oder mit unterstellten Brigaden in multinationalen Hauptverteidigungs- und/oder Krisenreaktionsverbänden eingebunden - erfordern eine Berufsarmee mit einer Mindeststärke von 280.000 Mann, wenn man auch noch schlagkräftige Luft- und Seestreitkräfte unterhalten will, deren Bedeutung bei der schnellen Krisenreaktion zunehmend wichtiger wird, wie die letzten Konflikte im Golf oder auf dem Balkan gezeigt haben.

Erhebliche Reduzierungen können dagegen im Bereich der Bundeswehrverwaltung vorgenommen werden. Hierzu muss die Aufgabenverteilung zwischen Truppe und Zivilbeschäftigten vorurteilsfrei neu überdacht werden. Die grundsätzliche Eigenständigkeit der Bundeswehrverwaltung nach Artikel 87 b des Grundgesetzes muss bestehen bleiben, kann aber kein Deckmantel für Doppelfunktionen und bürokratische Besitzstandssicherung sein. Geht man von einem erforderlichen Verhältnis Soldat/Zivilangestellter von 4 zu 1 aus, sollten die Vollzeitstellen der Bundeswehrverwaltung von derzeit 130.000 auf annähernd 70.000 verringert werden.

#### **4.5. Strukturreform**

Die Erfüllung aller Aufgaben mit einer verkleinerten Truppe verlangt effiziente Strukturen. Folgende Bereiche sind davon betroffen:

- **Gesamtstreitkräfte:** Umstrukturierung des Verteidigungsministeriums in eine zivile Hauptabteilung und einen militärischen Generalstab, deren Aufgabenverteilung untereinander ebenfalls neu zu regeln ist. Aus dem bisherigen Generalinspekteur wird, wie in anderen NATO-Staaten und auch international üblich, der mit Befehlsbefugnis versehene Generalstabschef, der dem Verteidigungsminister für die Gesamtstreitkräfte verantwortlich ist. Die Befehls- und Kommandogewalt des Verteidigungsministers bzw. Bundeskanzlers bliebe davon unberührt. Angesichts der Teilstreitkräfte übergreifenden Einsätze, die heute insbesondere bei Krisenreaktionseinsätzen die Regel sind, ist das die bestmögliche Spitzenorganisation. Schon lange existieren Überlegungen, die Sanitäts-, Logistik- und Ausbildungseinheiten aller Teilstreitkräfte in einem zentralen Kommando zusammenzufassen, wodurch diese im Rahmen der Gesamtstreitkräfte effizienter eingesetzt werden könnten. Ein Teilstreitkräfte übergreifendes, oder zumindest innerhalb des Heeres zentralisiertes Ausbildungskommando wäre auch die logische Organisation, die die Abwicklung des oben erläuterten Pflichtdienstes übernehmen würde.  
Auch zwischen Streitkräften und Industrie und Wirtschaft können Aufgaben neu verteilt werden. Durch Auslagerung von Aufgaben in den zivilen Bereich können unnötige Kosten vermieden werden, soweit es die besonderen Anforderungen des militärischen Bereiches erlauben. Auch die Streitkräfte selber müssen mehr "unternehmerische" Kompetenz in ihrer Finanzplanung entwickeln.
- **Innere Führung:** Sie bleibt das wesentliche Mittel, um die Soldaten unserer Streitkräfte in den freiheitlich demokratischen Rechtsstaat einzubinden. Diese Einbindung ist der Bundeswehr seit ihrem Bestehen sehr gut gelungen. Die Streitkräfte müssen auch weiterhin transparent, ihr Auftrag, ihr Handeln müssen nachvollziehbar und vor allem kontrollierbar sein. Die Grundsätze der Inneren Führung beinhalten einen vernünftigen und zeitgemäßen, menschlichen Umgang miteinander. Zu diesem Punkt zählt auch die Anwendung der Rechtsmittel bzw. Wehrgesetze (Soldatengesetz, Wehrbeschwerdeordnung, Wehrdisziplinarordnung). Es sollte das ständige Bestreben eines jeden Vorgesetzten in der Bundeswehr sein, diese rechtlichen Grundlagen ordentlich und gewissenhaft anzuwenden. Dazu bedarf es aber auch eines zeit- und aufgabengerechten Anpassungsprozesses der entsprechenden Vorschriften. Eine regelmäßige Überarbeitung ist somit Voraussetzung für eine erfolgreiche Anwendung.

#### **4.6. Frauen in der Bundeswehr**

Nach dem Urteil des Europäischen Gerichtshofes, dass Frauen grundsätzlich der Dienst in den Streitkräften erlaubt werden muss, hat Verteidigungsminister Scharping bereits angekündigt, dass sämtliche Laufbahnen der Bundeswehr ab 2001 für Frauen geöffnet werden. Zunächst geplante Verwendungsausschlüsse wird es wohl nicht geben.

Rein körperlich gibt es kaum Einschränkungen beim militärischen Einsatz von Frauen.

Selbstverständlich müssen sie dieselben Leistungen wie ihre männlichen Kameraden erbringen.

Gewisse Rücksichten auf die geringere durchschnittliche Körpermaße und -kraft können genommen werden, aber in einem Krisengebiet wird niemand die zu überwindenden Hindernisse für weibliche

Soldaten verkleinern, und sie müssen auch männliche Verwundete bergen können. Erfahrungen der amerikanischen Marineinfanterie haben jedoch gezeigt, dass Frauen in Bezug auf Ausdauerleistungen ebenso trainierbar sind wie Männer.

Barrieren im Einsatz stellen daher vor allem psychologische Schwierigkeiten dar. Befürchtet wird, dass in gemischten Kampfeinheiten männlicher Beschützerinstinkt und ganz normale Komplikationen im Geschlechterverhältnis in Kampfsituationen zu erheblichen Problemen führen können. Schon aus praktischen Erwägungen (Unterbringung in der Kaserne) sollten daher in den Kampftruppen keine gemischten Teileinheiten (Zug/Gruppe) aufgestellt werden. Anzunehmen ist des Weiteren, dass weiblichen Soldaten bei Gefangennahme durch einen beliebigen Gegner die weitaus größere Gefahr sexuellen Missbrauchs droht - im Einsatz ein Problem für die Fürsorgepflicht von Dienstherr und Vorgesetzten. Ob die Gesellschaft letztlich bereit ist, Tod und Gefangennahme weiblicher Soldaten hinzunehmen, wird sich erst dann erweisen, wenn dieser Fall tatsächlich eintritt.

#### **4.7. Modernisierung der Ausrüstung**

Ein realistisches Ziel für den Abschluss der Umstrukturierung der Bundeswehr ist das Jahr 2010. Bis zu diesem Zeitpunkt sollen auch die meisten in Entwicklung stehenden Waffensysteme der nächsten Generation eingeführt sein. Bereits eingeführte, aber auf den Einsatz bei den Krisenreaktionskräften beschränkte Systeme müssen in ausreichender Stückzahl zur Verfügung stehen. Zu diesen Systemen gehören vor allem:

- Heer: Kampfpanzer Leopard 2 A6 bzw. Neue gepanzerte Plattform (NGP) als Ersatz für Leopard 2 und Schützenpanzer Marder; Spähfahrzeug Fennek; Panzerhaubitze 2000; Gepanzertes Transportkraftfahrzeug (GTK); Kampfdrohne Taifun; Kampfubschrauber Tiger; leichter Transporthubschrauber NH 90.
- Luftwaffe: Jagdflugzeug Eurofighter; Transportflugzeug Airbus A400M bzw. Antonow An-7X; leistungsgesteigerter Flugkörper PAC-3 für Flugabwehrraketensystem Patriot und MEADS; Laser-Bombenlenksystem Paveway III und Abstandswaffe Taurus für Jagdbomber Tornado.
- Marine: Fregatten Klasse 124 und 125; Korvette Klasse 130; U-Boot Klasse 212; Einsatzgruppenversorger Klasse 702; Seepatrouillenflugzeug Dassault Atlantique ATL 3 bzw. Lockheed Martin P-3 Orion; Marinehubschrauber MH 90. Für Evakuierungs- und humanitäre Einsätze sowie den Seetransport sind geeignete Schiffe erforderlich.

#### **4.8. Die europäische Perspektive**

##### **4.8.1. Europäischer Pfeiler in der NATO**

Der Kosovo-Krieg hat wiederum gezeigt, dass das erdrückende militärisch-technologische Übergewicht der USA in der NATO einem politischen Übergewicht in den Entscheidungsprozessen sowohl im Vorfeld als auch im Verlauf gemeinsamer Einsätze entspricht. Nicht zufällig haben die Europäer nach diesem Krieg erstmals ernsthafte Schritte unternommen, zukünftig Krisen in Europa und daran angrenzenden Gebieten auch selbständig bewältigen zu können. Die Ernennung von Javier Solana zum ersten "Mr. GASP" nach langem Nichtstattfinden der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, die Überführung

des Militärbündnisses Westeuropäische Union in die EU und die Aufstellung einer europäischen Eingreiftruppe in Stärke von 60.000 Mann sind Signale in die richtige Richtung. Konsens muss darüber bestehen, dass die europäische Verteidigungsidentität die NATO nicht ersetzen kann und das Engagement der USA in Europa weiterhin erwünscht und erforderlich ist. Es geht darum, einen starken europäischen Pfeiler in der NATO zu schaffen. Die deutsche Beteiligung am europäischen Interventionskorps ist grundsätzlich zu begrüßen. Militäreinsätze deutscher Soldaten im Rahmen der geplanten Eingreiftruppe müssen aber im jeweiligen Fall von unserer Interessenlage abhängig gemacht werden, soweit keine konkrete Bündnisverpflichtung vorliegt. Einen Automatismus darf es nicht geben.

#### **4.8.2. Technologieoffensive**

Die europäischen Staaten der NATO gaben 1998 für Forschung und Entwicklung zusammen 9,5 Mrd. US-Dollar aus, wohingegen die USA als einzelner Akteur auf diesem Sektor 36,5 Mrd. US-Dollar aufwendeten. Zu den zuletzt während des Kosovo-Krieges deutlich gewordenen Defiziten der europäischen Staaten, die dringend zu beheben sind, gehören vor allem:

- Satellitenaufklärung. Sie ist unverzichtbar für den Einsatz moderner Streitkräfte, die ihre Operationen auf technologischer Überlegenheit aufbauen. Die Bereitschaft der USA, Satellitenbilder höchster Auflösung an Verbündete weiterzugeben, ist für diese Grundlage nicht ausreichend.
- Strategischer Lufttransport und Luftbetankung. Die vorhandenen Transportflugzeuge haben zu geringe Nutzlasten und Reichweite, und selbst ihre kombinierte Transportkapazität ist für die Unterstützung größerer Operationen in einiger Entfernung unzureichend. Die geringen Luftbetankungskapazitäten in Europa verringern auch die Effektivität von Kampfeinsätzen und machen Langstreckenmissionen schwierig.
- Abstands- und Präzisionswaffen. Im Zeitalter des "Medienkrieges" können Militäroperationen nur noch unter zwei Prämissen bestehen: Möglichst keine eigenen Verluste - und möglichst keine unbeteiligten Opfer. Das annähernde Erreichen beider Vorgaben ist nur durch zunehmende Verwendung von Abstands- und Präzisionswaffen erzielbar. In beiden Kategorien hat Europa nicht nur kaum eigene Typen zur Verfügung, sondern das vorhandene Arsenal meist amerikanischer Produktion ist auch noch äußerst begrenzt.
- Betrachtet man als "Zuständigkeitsgebiet" der Europäer den erweiterten Mittelmeerraum, so kommen noch Flugzeugträgeroperationen hinzu. Unzureichend sind momentan auch die Kapazitäten für strategischen Seetransport und amphibische Operationen.

Ein Hauptproblem bei den meisten dieser Bereiche sind die hohen Kosten, die Entwicklung, Produktion und Beschaffung entsprechender Systeme für die meisten europäischen Staaten untragbar machen. Eine stärkere gesamteuropäische Kooperation ist daher unverzichtbar.

#### **4.8.3. Vom gemeinsamen Kommando zu gemeinsamen Systemen**

Im Falle der fehlenden Lufttransport- und Luftbetankungskapazitäten wird schon in die richtige Richtung gedacht. Die 300 Transportflugzeuge, die in Europa fehlen, sollen in einem gemeinsamen

"Pool" zusammengefasst werden, der bei Bedarf allen Mitgliedern der Gemeinschaft zur Verfügung stehen würde.

Von einem "Europäischen Lufttransportkommando" ist es eigentlich nur ein kleiner Gedankensprung zu gemeinsam betriebenen Systemen. Auf NATO-Ebene ist dies bereits bei den AWACS-Frühwarnflugzeugen realisiert worden. Die wenigen, aber exorbitant teuren und eminent wichtigen Maschinen dieses Typs werden von multinationalen Besatzungen geflogen. Für den Betrieb von Aufklärungssatelliten wäre dies vermutlich ebenso zu organisieren.

Im Bereich der Trägeroperationen gibt es Gedankenspiele, eine trägertaugliche Version des Eurofighters zu entwickeln, um den Marinefliegern von Bündnisstaaten ohne Großdeckträger Einsätze von den Trägern der Verbündeten zu ermöglichen. Ein gemeinsam gebauter und betriebener Flugzeugträger, bei dem es sich schließlich um eine echte Kampfereinheit handelt, dürfte wegen zahlreicher praktischer, politischer und völkerrechtlicher Probleme auf absehbare Zeit nicht realisierbar sein.

Wie sieht es aber, analog zum Lufttransport, im Bereich des Seetransports aus? Gegenwärtig betreiben insgesamt fünf europäische Staaten jeweils ein bis vier kleine bis mittelgroße Docklandungsschiffe für die eigenen Bedürfnisse; auch die deutsche Marine plant den Bau dreier Transportschiffe. Es wäre sinnvoll, statt vieler kleiner Schiffe für einzelne Marinen einige größere, leistungsfähigere Gemeinschaftsschiffe zu bauen.

#### **4.8.4. Integrierte europäische Spezialkräfte**

Ein integrierter europäischer Großverband, der auch in seinen Komponenten nicht mehr der Souveränität der einzelnen Mitgliedsstaaten untersteht, wäre genau das, was bei der Aufstellung der jetzigen europäischen Eingreiftruppe vermieden werden sollte: ein Signal in Richtung einer stehenden EU-Armee, was einen europäischen Staat implizieren und in den USA Befürchtungen über eine Schwächung der NATO hervorrufen würde. Nicht umsonst wurde so das Gegenteil betont: dass diese Eingreiftruppe aus nationalen Großverbänden besteht, aus denen sie erst im Einsatzfall zusammengestellt wird. An diesem Ansatz ist im nationalen wie bündnispolitischen Interesse festzuhalten.

Dennoch - schon 1997 forderte Ulrich Wegener, der Gründer der GSG 9, der Einsatz eines multinationalen Spezialverbandes im EU- oder NATO-Rahmen sollte keine Utopie bleiben. Für Spezialaufgaben - etwa nach dem Muster des KSK der Bundeswehr - bietet es sich an, integrierte europäische Verbände aufzustellen. Das würde voraussetzen, dass die sich daraus ergebenden Probleme wie Befehlsgewalt und politische Verantwortung im Rahmen der europäischen Verteidigungsidentität gelöst werden. Unangetastet bleibt jedoch: Nationale Verbände werden weiterhin die Masse der europäischen Krisenreaktionskräfte ausmachen.

Beschlossen vom Niedersachsenrat der *JUNGEN UNION*  
im Rahmen des Kongresses "Verteidigungspolitik 2000"  
am 20.05.2000 in Hannover.